

Berlin, am 19.05.2021

Bundesverband Trans e.V.
Schiffbauerdamm 8
10117 Berlin
Tel: 030 23 94 98 96

info@bundesverband-trans.de
www.bundesverband-trans.de

Bundestag lehnt Nachfolgeregelungen zum umstrittenen „Transsexuellengesetz“ ab

Bei der heutigen Sitzung im Plenum des Bundestages wurden unter dem Tagesordnungspunkt „Situation von LSBTI“ mehrere Anträge und Gesetzesentwürfe der Opposition abgelehnt, die zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensrealität von LSBTI in Deutschland geführt hätten. Unter den abgelehnten Gesetzesentwürfen befanden sich auch die Selbstbestimmungsgesetze der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, welche progressive und menschenrechtsbasierte Regelungen für die Änderung des Geschlechtseintrags formulieren.

Kalle Hümpfner vom BVT* erklärt hierzu: „Die Ablehnung der Selbstbestimmungsgesetze ist für alle trans* und nicht-binären Personen in Deutschland sehr schmerzhaft. Der Bundestag verpasst hier eine historische Chance, das Unrecht des sogenannten Transsexuellengesetzes endlich zu beenden. Auf internationaler Ebene betont die deutsche Bundesregierung, wie wichtig LSBTIQA+ Rechte sind. Doch auf nationaler Ebene werden Grundrechte verletzt und gesetzliche Neuregelungen, die diese in Zukunft besser schützen sollen, werden über mehrere Legislaturperioden verschleppt. Der Bundestag hatte heute die Möglichkeit, diese skandalöse Versäumnis der Bundesregierung auszugleichen und LSBTIQA+ Personen den Schutz zukommen zu lassen, den sie verdienen. Wir sind enttäuscht, dass diese nicht genutzt wurde.“

Die Selbstbestimmungsgesetze, eingebracht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP hätten an vielen wichtigen Stellen bestehende Menschenrechtsverletzungen beendet und Grundrechte von trans*, inter* und nicht-binären Personen geschützt. Weitere Anträge, die ebenfalls abgelehnt wurden, betrafen die Entschädigung von trans* und inter* Personen nach Zwangssterilisation sowie die Verbesserung der trans* Gesundheitsversorgung. Die Anträge, die die rechtliche Anerkennung von Regenbogenfamilien betrafen, wurden nicht besprochen.

Sven Lehmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand deutliche Worte: „Wer montags die Regenbogenflagge schwenkt, muss mittwochs im Bundestag Taten folgen lassen.“ Jens Brandenburg (FDP) prangerte die Untätigkeit der Bundesregierung an: „Wir sollten das Transsexuellengesetz endlich abschaffen. Vier Jahre lang hatten Sie in der Koalition (...) jetzt Zeit gehabt - es gab ja viele Versprechen - einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.“

Doris Achelwilm von DIE LINKE richtete ebenfalls Kritik an die Bundesregierung und ergänzte, durch eine weitere Verschleppung des TSGs in die nächste Legislaturperiode blockiere die Große Koalition „die Entlastung von Menschen (...) die diskriminiert und bekämpft werden“ und betreibe „Realitätsverweigerung“.

Von Seiten der CDU/CSU war die Ablehnung der Selbstbestimmungsgesetze vor allem mit Bedenken bei hürdenlosen medizinischen Transitionen begründet worden. Dies kommentierte Karl-Heinz Brunner (SPD) klar mit den Worten: „Ich glaube, ich bin auf der falschen Baustelle.“ und verschob den Fokus zurück auf Fragen der Vornamens- und Personenstandsänderung. Neben der AfD fiel vor allem Marc Henrichmann (CSU/CDU) mit der Wiedergabe von rechtspopulistischen Argumenten auf, die die Existenz von trans* Personen als Ideologie bezeichnet. Als Reaktion auf transfeindliche Zwischenrufe in der AfD-Fraktion intervenierte Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): „Die Würde des Menschen ist unantastbar. (...) Diese despektierliche Art hier in diesem Hause ist unerträglich.“

Was sich in der Debatte deutlich zeigte: Alle demokratischen Parteien sprachen sich dafür aus, das TSG zügig zu ersetzen. Ebenso war Konsens, dass hier Grundrechte betroffen seien, die es zu schützen gelte. Geschlossen wurde Bedauern ausgedrückt, dass es in der laufenden Legislaturperiode wahrscheinlich keine Neuregelung mehr geben wird.

Die Ablehnung der Gesetzesinitiativen und Anträge kommt nicht überraschend, da Vorschläge der Opposition im Bundestag in der Mehrheit der Fälle abgelehnt werden. Dennoch steht sie im deutlichen Kontrast zu den Äußerungen von Unions- und SPD-Spitzenpolitikern vom vergangenen Montag. Denn anlässlich des IDAHOBITA, dem internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*-, Trans*- und Asexuellenfeindlichkeit am 17.5 betonte u.a. Außenminister Heiko Maas (SPD), wie stark sich Deutschland auf internationaler Ebene für die Rechte von LSBTIQA+ Personen einsetze. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak erklärte ebenfalls mit Blick auf den Aktionstag über Twitter, sich entschlossen gegen schwulenfeindliche Diskriminierung zu stellen.

Kalle Hümpfner sagt hierzu weiter: „LSBTIQA+ Feindlichkeit öffentlich anzuprangern, sich aber dann nicht innerhalb der eigenen Partei für entsprechende Gesetzesinitiativen einzusetzen, zeigt eine gewisse Inkonsistenz. Der Einsatz für die Rechte von LSBTIQA+ Personen ist mehr als ein Lippenbekenntnis. Die Faktenlage rund um den selbstbestimmten Geschlechtseintrag ist klar. Mehrere gut vorbereitete Gesetzesentwürfe liegen nun in der Schublade. Es braucht nun endlich eine Regierung, die bereit ist, zu handeln und ein menschenrechtskonformes Gesetz auf den Weg zu bringen.“

Links:

[Tagesordnungspunkt „Soziale und gesundheitliche Situation von LSBTI“ des Bundestags inklusive der PDF-Dokumenten zu den Gesetzesentwürfen und Anträgen](#)